

Ein Artikel von Anne Berentsen

Landverteilung in Kolumbien - die zwei Gesichter der Regierung Santos

Die ungleiche Landverteilung ist ein Kernproblem Kolumbiens und eine umfassende Landreform Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden. Die Zwischenbilanz des Landrückgabegesetzes fällt jedoch ernüchternd aus, BauernführerInnen werden weiterhin bedroht und Großunternehmen eignen sich auf illegale Weise Land an. Ist die Regierung Santos wirklich daran interessiert das Problem zu lösen?

Kolumbien nimmt nach Syrien den zweiten Platz auf der Liste der Länder mit der weltweit größten Anzahl Binnenvertriebener ein. Zurzeit leben im Land etwa 5,7 Millionen Menschen, die aufgrund von Gewalt oder Drohungen von bewaffneten Akteuren ihren Wohnort verlassen mussten¹. Hierbei handelt es sich meistens um KleinbäuerInnen und Indigene oder afrokolumbianische Gemeinden, deren Land von wirtschaftlicher oder politischer Bedeutung für die Konfliktparteien ist. Paramilitärs, nicht selten in Kollaboration mit staatlichen Sicherheitskräften, sind für die Mehrheit der Vertreibungen verantwortlich, jedoch hat auch die Guerilla gewaltsam Menschen von ihrem Land vertrieben². Nach Schätzungen wurden auf diese Art zwischen 6,6 und 8 Millionen Hektar Land geraubt, die meistens in den Besitz von Paramilitärs, Drogenhändlern, Großgrundbesitzern und Großunternehmen übergegangen sind³.

Als Zeichen des Wohlwollens den Opfern des Konfliktes gegenüber, verabschiedete Präsident Santos in 2011 das sogenannte Opfer- und Landrückgabegesetz (Gesetz 1448). Dieses war eine wichtige Voraussetzung für den Einstieg in die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillagruppe FARC, in denen die Landreform eines der Hauptthemen ist. Ein Zeichen des Wohlwollens war aber auch deswegen notwendig, weil der kolumbianische Staat angesichts der verheerenden Menschenrechtssituation im Land international zunehmend in die Kritik geraten war³.

Positiv hervorzuheben ist, dass das Gesetz sowohl die Tatsache des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien, als auch die Rechte der Opfer auf Entschädigung anerkennt. Trotzdem enthält das Gesetz auch viele Schwächen. So sind zum Beispiel Menschen deren Land vor 1991 geraubt wurde, von der Rückgabe komplett ausgeschlossen⁴. Außerdem haben nur Personen, die als Konfliktopfer anerkannt werden, ein Recht auf Landrückgabe. Gerade Opfern der paramilitärischen Gruppen wurde dieser Status immer wieder verwehrt. Diese Gruppen sind zwar nach wie vor führend in der Anzahl an Vertreibungen^{2,5}, werden jedoch von der Regierung seit ihrer offiziellen (aber gescheiterten) Demobilisierung lediglich als „kriminelle Banden“ bezeichnet. Zwar stellt das kolumbianische Verfassungsgericht mit dem Urteil 781 von 2012 klar, dass auch Opfer dieser „kriminellen Banden“ Konfliktopfer sind, dieses Urteil wird aber von den zuständigen Behörden nicht immer konsequent umgesetzt².

Menschen die ihr Land zurückfordern werden in Kolumbien nicht selten mit dem Tode bedroht. Zwischen 2006 und 2011 wurden 71 von ihnen ermordet⁶ und seit dem Inkrafttreten des Landrückgabegesetzes in 2012 sind weitere 49 Morde an BauernführerInnen registriert worden⁷. Durch die flächendeckende Straflosigkeit werden diese Morde nur selten aufgeklärt. Diese Todesdrohungen und Morde an BauernführerInnen stellen ein enormes Hindernis für eine gerechte Landrückgabe in Kolumbien dar.

Dementsprechend ernüchternd ist die Bilanz drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes 1448: Von den 2.500.000 Hektar, die angekündigt wurden, sind gerade mal 28.582 an Opfern restituiert worden⁸. Die wenigen KleinbäuerInnen, die ihre Landtitel bekommen haben sehen sich Morddrohungen, Übergriffen oder erneuten Vertreibungen ausgesetzt. Da die Verantwortlichen für die Verbrechen nur sehr selten bestraft werden und die Schutzmechanismen seitens des kolumbianischen Staates unzureichend sind, ist eine Rückkehr nach Hause in vielen Fällen nicht möglich⁹.

pbi begleitet Menschenrechtsorganisationen, die im Zusammenhang mit der Landrückgabe und dem generellen Zugang zu Land arbeiten. Eine dieser Organisationen ist die Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (CIJP) die sich für die Rechte von AfrokolumbianerInnen, Indigenen und Mestizen, die von ihrem Land vertrieben wurden, einsetzt. Mitglieder der Organisation beraten die KleinbäuerInnen in juristischen Fragen, bieten ihnen psychologischen Beistand und unterstützen sie im Streben, wieder auf ihr Land zurückkehren zu können. Diese Arbeit ist in Kolumbien sehr gefährlich und auch Mitglieder der CIJP sind häufig Todesdrohungen, Verfolgungen und Verleumdungen ausgesetzt. Die Begleitung durch die Freiwilligen von pbi ermöglicht es ihnen, weiterhin in abgelegenen und gefährlichen Regionen des Landes zu reisen und dort die Menschen vor Ort in ihren beharrlichen Kampf um das Land zu unterstützen.

Neben dem Landrückgabegesetz gibt es noch eine weitere Möglichkeit für KleinbäuerInnen ihr Recht auf Zugang zu Land geltend zu machen. Artikel 64 der kolumbianischen Verfassung verpflichtet den Staat „fortschreitend den Zugang zu Land und ländliche öffentliche Dienstleistungen für LandarbeiterInnen mit begrenzten Ressourcen zu fördern, mit dem Ziel das Einkommen und die Lebensqualität der Landbevölkerung zu verbessern“¹⁰. Der Verfassung Folge leistend, gibt es seit 1994 das Gesetz 160, das die Vergabe von öffentlichem Brachland regelt. Land, das zu öffentlichem Brachland erklärt worden ist, darf nach diesem Gesetz nur bis zu einer nach oben begrenzten Anzahl an Hektar, die „Familien-Agrareinheit“, vorrangig an mittellosen KleinbäuerInnen vergeben werden¹⁰.

Während sich jedoch der Zugang zu Land für die KleinbäuerInnen als schwierig und gefährlich darstellt, sind kolumbianische und transnationale Großunternehmen wesentlich erfolgreicher im Landerwerb. Diese Großinvestoren umgingen das Gesetz 160 und häuften große Flächen Brachland an. Aus einem Forschungsbericht von Oxfam geht hervor, dass sich einer der weltgrößten Getreidehändler, in dem Zeitraum zwischen 2010 und 2012, 52.576 Hektar Brachland - das 30fache einer „Familien-Agrareinheit“ - in der Altillanura in Osten Kolumbiens auf illegale Weise angeeignet hat^{3,6}. Dieses und weitere Unternehmen sind die gesetzlichen Regelungen dadurch umgangen, dass sie sich in kleinere Mantelgesellschaften aufgeteilt haben. Insgesamt sind alleine in der Altillanura 173.000 Hektar öffentliches Brachland auf diese Weise in die Hände von Großinvestoren übergegangen¹¹.

Desweiteren plant die Regierung einen Gesetzentwurf zur Schaffung von "ländlichen Wirtschaftsentwicklungszonen", wodurch das öffentliche Brachland nun auch auf legalem Weg für Großunternehmer zugänglich sein wird¹². Dies würde es Großinvestoren vereinfachen noch größere Flächen Brachland anzuhäufen. Eine dieser sogenannten „Wirtschaftsentwicklungszonen“ soll genau in der zuvor genannten Altillanura entstehen.

Eine gerechte Landverteilung ist unerlässlich für einen dauerhaften Frieden in Kolumbien. Die Regierung Santos hat ihre Bereitschaft dieses Problem zu lösen während der Friedensverhandlungen in Havanna zum Ausdruck gebracht. Die schleppende Umsetzung des Gesetzes 1448, die unzureichenden Schutzmechanismen für bedrohte BauernführerInnen, die Straflosigkeit und die Begünstigung der Großinvestoren, stellen die Kohärenz der Regierungspolitik jedoch schwer auf die Probe. Es bleibt abzuwarten wie die Regierung diesen Problemen begegnet. Bis dahin bleibt der Kampf um eine gerechte Landverteilung in Kolumbien äußerst schwierig und gefährlich. Auf diesem riskanten Weg werden die mutigen Menschen vor Ort durch pbi-Freiwillige begleitet.

1. **Norwegian Refugee Council: Global Overview 2014.** <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2014/201405-global-overview-2014-en.pdf>
2. **Amnesty International: A land title is not enough.**
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/AMR23/031/2014/en/e544fa4a-12b0-4b3b-b542-121f5e941364/amr230312014en.pdf>
3. **TNI: Ley de víctimas y restitución de tierras en contexto.**
<http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/martinez-ley-de-victimas-web.pdf>
4. **Ley de Víctimas y Restitución de Tierras. Análisis de Amnistía Internacional**
<http://www.amnesty.org/ar/library/asset/AMR23/018/2012/en/a49f1c19-13de-4037-9979-5f25cfd58faf/amr230182012es.pdf>
5. **CODHES: Grupos posdesmovilización y desplazamiento forzado en Colombia: una aproximación.**
6. **La Semana: Reina impunidad en asesinatos de líderes de tierras.** <http://www.semana.com/nacion/articulo/reina-impunidad-asesinatos-lideres-tierras/256131-3>
7. **El Espectador: Los claroscuros de la restitución de tierras.** <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/los-claroscuros-de-restitucion-de-tierras-articulo-483141>
8. **Fundación Forjando Futuros:** http://www.forjandofuturos.org/documentos/publicacion-restitucion-de-tierras-asi-fallan-los-jueces_500-sentencias_septiembre-2014-fundacion-forjando-futuros.pdf
9. **Human Rights Watch: El riesgo de volver a casa.**
<http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/colombia0913spwebwcover.pdf>
10. **Oxfam: Divide and purchase. How land ownership is being concentrated in Colombia.**
<http://www.oxfamamerica.org/static/media/files/rr-divide-and-purchase-land-concentration-colombia-211013-en.pdf>
11. **Verdad Abierta: Proyecto de ley sobre baldíos: Más preguntas que respuestas.**
<http://www.verdadabierta.com/lucha-por-la-tierra/5502-proyecto-de-ley-sobre-baldios-mas-preguntas-que-respuestas>
12. **Caracol: Proyecto de ley sobre baldíos genera polémica.** <http://www.caracol.com.co/noticias/actualidad/proyecto-de-ley-sobre-terrenos-baldios-activa-polemica/20141106/nota/2496428.aspx>